

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Vollbezug: 2,80 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengeluche 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 107

Halver, Dienstag, den 9. Mai

1950

Absprache zwischen Adeson und Schuman

Die USA wollen Indochina retten

Garantieversprechen an Frankreich — Dadurch Fernostproblem etwas geklärt

dmt. Paris, 8. Mai

Die große westeuropäische Woche in Paris hat begonnen. Am Montagvormittag begab sich der USA-Staatssekretär Acheson zu einer dreistündigen Konferenz mit Außenminister Schuman in das französische Auswärtige Amt. Vorläufig herrscht noch vollkommenes amtliches Stillschweigen über die Besprechungen. Worüber die beiden Staatsmänner am Montag verhandelt haben, geht aber klar daraus hervor, daß Acheson von den amerikanischen Sachverständigen für Deutschland und Indochina begleitet war.

Die Amerikaner wollen, wie der Londoner „Daily Herald“ in großer Aufmachung aus Washington berichtet, bis Ende 1951 die Besatzungsarmee aus Deutschland zurückziehen und die alliierten Truppen nicht als „Besatzungstruppen“, sondern als „Sicherheitsarmee“ zum Schutze Westdeutschlands belassen. Dem dürfte später die Zulassung Deutschlands zum Atlantikpakt folgen, was aber nicht gleichbedeutend sei mit einer deutschen Aufrüstung, hingegen scheint Washington eine Heranziehung deutscher Kräfte zur Zusammenarbeit mit den Atlantikpakt-Formationen in nichtmilitärischer Funktion bereits vorher zu erwägen.

Was die französische Regierung will, haben am Sonntag die Reden des Staatspräsidenten Auriol und des Ministerpräsidenten Bidault zu verstehen gegeben. Frankreich will unter keinen Umständen eine deutsche Aufrüstung, ein deutsches Heer oder eine deutsche Rüstungsindustrie.

In einem Kommuniqué, daß am Montagmittag über die Besprechungen zwischen Außenminister Acheson und Außenminister Schuman ausgegeben wurde, machte Acheson davon Mitteilung, daß die Regierung der USA angesichts der Lage in Indochina den assoziierten Staaten von Indochina und Frankreich entsprechende Hilfe garantiere.

Acheson erklärte: „Ich habe auf die Tatsache hingewiesen, daß das Problem der Bedrohung der Sicherheit Vietnams, Kambodschas und Laos, die nunmehr Unabhängigkeit innerhalb der französischen Union genießen, entgegenzutreten, in erster Linie eine Verantwortlichkeit Frankreichs sowie der Regierungen und der Völker Indochinas ist. Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Lösung des Indochina-Problems sowohl von der Wiederherstellung der Sicherheit wie von der Entwicklung eines echten Nationalismus abhängt und daß der Beistand der USA zur Erreichung dieser Ziele beitragen kann und soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die davon überzeugt ist, daß in keinem vom Sowjet-Imperialismus beherrschten Gebiet eine nationale Unabhängigkeit oder eine demokratische Entwicklung bestehen kann, garantiert in Anbetracht der Lage entsprechende wirtschaftliche Hilfe und militärische Ausrüstung an die assoziierten Staaten Indochinas, um ihnen bei der Wiederherstellung stabiler Verhältnisse beizustehen und es diesen Staaten zu ermöglichen, den Weg zur friedlichen und demokratischen Entwicklung zu nehmen.“

Die französischen Kommunisten ließen durch ihre Führer der amerikanischen Botschaft in Paris ein Protestschreiben gegen den Besuch Achesons übermitteln, den sie als eine Gefahr für den Frieden bezeichnen.

Ueber die Besprechung Acheson-Schuman wird aus unterrichteten Kreisen näheres bekannt. Es ist kein Zweifel, daß Amerika in der Durchführung des kalten Krieges eine entschlossene Haltung einzunehmen gewillt ist und es hat den Anschein, als ob Acheson die Erwartung ausgesprochen hat, daß auch von Frankreich und anderen Mitgliedern des Atlantikpaktes eine festere Haltung im kalten Kriege

eingenommen werde. Acheson hält es offenbar für notwendig, daß die deutsche Bundesrepublik in die atlantische Gemeinschaft einbezogen würde, ohne daß sich daraus etwa die Schaffung einer deutschen Armee ergeben müßte. Acheson vertritt entschieden den Standpunkt, daß die deutsche Bundesrepublik nicht außerhalb der europäischen und der atlantischen Gemeinschaft bleiben dürfe.

Es wird gemeldet, daß die USA zunächst 30 Millionen Dollar für Indochina zur Verfügung stellen wollen. Mit der Freigabe eines Betrages von 15 Millionen Dollar sei schon in den nächsten Tagen zu rechnen.

Von den Entscheidungen der USA hängt alles ab

Präsident Truman sprach an seinem 66. Geburtstag in Galsburg (Illinois). Er erklärte, daß es von den Entscheidungen der Vereinigten Staaten in den kommenden Monaten abhängen werde, ob es einen dritten Weltkrieg geben werde oder nicht. Mit aller Schärfe verurteilte er die isolationistischen Bestrebungen, die die übrige Welt dem Kommunismus preisgebe.

Beitritt zum Europarat beschleunigt

Adenauer hält den günstigsten Zeitpunkt für gekommen

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 8. Mai

Nach neuesten Informationen aus maßgebenden politischen Kreisen ist mit einer baldigen Entscheidung in der Europarat-Frage zu rechnen. Innerhalb des Bundeskabinetts haben sich die Strömungen verstärkt, möglichst noch in der ersten Phase der Londoner Außenministerkonferenz den Beitritt zum Europarat zu vollziehen, um, wie es heißt, „einen günstigen Hintergrund für die Behandlung der deutschen Fragen zu bilden“. Diese Absicht geht auf Bundeskanzler Dr. Adenauer zurück, der nach langen Verhandlungen die Überzeugung gewonnen hat, daß die SPD von ihrem ablehnenden Standpunkt nicht abgehen wird. Da infolgedessen die Mehrheit im Bundestag für den Beitritt zum Europarat nicht mehr nennenswert vergrößert werden kann, besteht die Absicht, dem Bundestag die Entscheidung über den Beitritt nicht erst im Juni oder, wie ursprünglich beabsichtigt, kurz vor den Parlamentsferien vorzulegen, sondern bereits in aller Kürze.

Innerhalb der Koalitionsparteien konnten durch die Formulierung der deutschen Saarnote die letzten Bedenken gegen den Beitritt beseitigt werden, so daß sich alle drei Regierungsparteien für den Beitritt aussprechen werden. Im Bundeskanzleramt ist man der Ansicht, daß die Londoner Besprechungen der Außenmi-

nister durch eine positive Entscheidung der Bundesregierung in der Frage des Beitritts zum Europarat nur günstig beeinflusst werden könnten. Die deutsche Ablehnung der von Paris erzwungenen „provisorischen“ Lösung der Saarfrage könne durch nichts stärker betont werden, als es in der Note der Bundesregierung, die jetzt den Hohen Kommissaren überreicht wurde, geschehen sei.

Dienstag Kanzler-Erklärung

In der Sitzung des Bundeskabinetts am Dienstag wird Bundeskanzler Dr. Adenauer wichtige Erklärungen über den Beitritt Westdeutschlands zum Europarat abgeben. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß durch eine Erklärung der Bundesregierung die Bereitwilligkeit der Bundesrepublik, die Einladung zum Beitritt in den Europarat anzunehmen, bestätigt wird.

Deutsche Stahlquote wird nicht erhöht

Erzeugung von 85000 Tonnen Hüttenaluminium gestattet

dmt. Bonn, 8. Mai

Am Montag verkündete die alliierte Hohe Kommission das Gesetz Nr. 24 zur Veränderung einer deutschen Wiederaufrüstung. Das Gesetz, das bis zum Jahre 1952 in Kraft bleiben soll, wenn es nicht vorher einer Revision unterzogen wird, führt im einzelnen aus, welche Gegenstände verboten und welche Produktionen beschränkt sind, sowie die Art der Kontrollen. Es läßt die deutsche Stahlkapazität vorerst unverändert, d. h. 11,1 Millionen Tonnen, und gestattet der Bundesrepublik, entgegen den bisherigen Bestimmungen künftig die Herstellung von 85000 Tonnen Hüttenaluminium.

In einer Pressekonferenz bezeichnete der amerikanische General Hodges als amtierender Vorsitzender des militärischen Sicherheitsamtes als Grundlage dieses Gesetzes die Washingtoner Abkommen. Sein Ziel sei die Vereinfachung der bisherigen Gesetzgebung. Keine der bereits früher vorgesehenen Kontrollen werde durch das

Gesetz verändert, dessen Sinn jedoch sei, der deutschen Industrie die größtmögliche Freiheit einzuräumen. Hauptaufgabe der Bundesregierung und der Länderregierung sei es, nach eigenem Ermessen den deutschen Firmen Produktionsgenehmigungen zu erteilen und die Berichte der Firmen zu überwachen. Von alliierter Seite wolle man auf jeden Fall eine Begünstigung ausschalten. Ein Sprecher des militärischen Sicherheitsamtes betonte, wenn die deutschen Firmen regelmäßig Produktionsberichte an das militärische Sicherheitsamt geben müßten, so bedeutet das nicht, daß Industriegeheimnisse in die Hände ausländischer Firmen gelangen würden. Deutsche Firmen, deren Verwaltungssitz in der Bundesrepublik, deren Laboratorien aber in der Sowjetzone lägen, werden von dem Gesetz nicht betroffen.

Anschließend wies ein Sprecher darauf hin, daß das Gesetz die alliierte Demontagepolitik nicht ändert. Nach diesem Paragraphen werden Anlagen und Geräte, die zur Erzeugung und Herstellung der im Gesetz aufgeführten verbotenen Gegenstände und Erzeugnisse konstruiert sind, nach den Weisungen der Hohen Kommission auf den Friedensgebrauch umgestellt, aus Deutschland entfernt oder vernichtet.

Zuständige Kreise der Ruhrstahlindustrie in Düsseldorf äußerten, daß das neue alliierte Gesetz möglicherweise schon durch Entscheidungen der Londoner Außenminister-Konferenz überholt wird. Die chemische Industrie hat das Gesetz mit „gedämpftem Optimismus“ aufgenommen. Zu der Aufstellung eines Quotenplanes für die deutsche Aluminium-Industrie wird betont, daß dies zu keinem starren Quotensystem für alle drei Aluminium-Hütten führen dürfe. Die Möglichkeit der Revision durch die Außenminister trifft nach Ansicht der Stahlindustrie vor allem für die Produktionsquote von 11,1 Millionen Tonnen jährlich zu.

Das Zentrum wird auch künftig für eine große Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen eintreten, sagte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Landtag, Johannes Brockmann, auf der Landesdelegiertenversammlung des Zentrums in Duisburg. Die Zentrumsparität werde jeden Versuch ablehnen, den Wahlkampf auf eine „Gleichschaltung nach dem Bonner Muster“ auszurichten.

Überfülle an „Knacknüssen“ in London

Die Außenminister werden in drei Tagen kaum damit fertig

Von unserem Mitarbeiter

ur Zürich, 8. Mai

In einer Uebersicht über die Schwerpunkte der Londoner Verhandlungen bringen die „Baseler Nachrichten“ die gegenwärtigen strittigen Punkte in der politischen Haltung der drei Westmächte unter sich auf folgende kurze Formel: Im Bestreben, gegen ein Uebergewicht Deutschlands in einer „Europäischen Union“, von der England nichts wissen will, ein sicheres Gleichgewicht zu schaffen, haben die Franzosen neue Formeln für eine atlantische Organisation in die Diskussion geworfen, die aber bei den Amerikanern keine Gegenliebe finden. Daneben reißt schneller als man im Herbst 1949 auf dem Petersberg dachte, die Revision des Besatzungsstatuts für Deutschland heran, die Revision auch der Stahlquote der deutschen Industrie und die Limite für den deutschen Schiffsbau, um nur einiges anzudeuten. Auf der anderen Seite drängt Frankreich auf eine Begrenzung oder Erleichterung seiner Lasten aus dem aus dem Verteidigungsplan des Atlantikpaktes, auf eine massive Hilfe zugunsten der an seinen finanziellen und militärischen Reserven schmerzhaft zehrenden Front in Indochina. Ganz allgemein sind die europäischen Partner des Atlantikpaktes in dem Maße durch die gemeinsamen Verteidigungspläne belastet, die ihre Mittel auf Kosten der wirtschaftlichen Erholung wegzufressen drohen, daß Amerika einen größeren Anteil an dem gemeinsamen Wehrbudget übernehmen sollte.

Problem reißt sich so an Problem. Es ist deshalb schleierhaft, wie die Außenminister in drei Tagen, die sie für die gemeinsamen Beratungen vorgesehen haben, mit all diesen Sorgen und Knacknüssen fertig werden sollen. Wesentlich wird dazu ins Gewicht fallen, wie weit die

Amerikaner gewillt sind, tatsächlich die Führerschaft und damit die Verantwortung und auch weitere Lasten zu übernehmen. Wird der Optimismus, den Präsident Truman aus der wirtschaftlichen Erholung des Westens schöpft, genügen, um die öffentliche Meinung seines Landes für jenes Ausmaß der Hilfe an die europäischen und außereuropäischen Bundesgenossen zu gewinnen, die notwendig ist, um den kalten Krieg zu gewinnen.

Hungerstreik unserer Kriegsgefangenen in Frankreich

Wie aus Paris mitgeteilt wird, wollen die in französischer Haft befindlichen deutschen Kriegsgefangenen am 5. Jahrestag der Kapitulation in einen Hungerstreik treten. Fünf Jahre lang sind sie wegen angeblicher Kriegsverbrechen festgehalten worden und haben trotz rechtlich zweifelhafter Urteile der französischen Sondergerichte Geduld und Disziplin bewiesen in der Erwartung, daß endlich eine objektive Rechtsprechung über ihr weiteres Schicksal entscheiden werde. Zu dieser Hoffnung glaubten sie um so mehr Veranlassung zu haben, nachdem der Bundesregierung durch den Hohen Kommissar François-Poncet entsprechende Zusagen gemacht worden waren. Doch änderte sich an ihrer Lage nichts. Sie wurden aufs bitterste enttäuscht, die Versprechungen blieben un erfüllt.

Während Angehörige der Widerstandsbewegung, die nach der Befreiung Frankreichs sogenannte Kollaborateure ohne Gerichtsurteil erschossen hatten, vom Militärtribunal in Lyon freigesprochen worden waren, da sie angeblich auf Befehl ihrer Vorgesetzten gehandelt hatten, wurden Deutsche Angehörige der regulären Besatzungstruppe, wegen Ausführung militärischer

Befehle vom gleichen Sondergericht mit unmenschlichen Urteilen belegt, in einem Falle 28 Deutsche auf einmal zum Tode verurteilt. Dieses Verhalten der französischen Stellen wird als Rechtsbruch empfunden, gegen den man nunmehr nachhaltigsten Protest erhebt.

Die Mehrzahl der Deutschen ist seit fünf Jahren in Haft, ohne daß gegen sie bislang überhaupt Anklage erhoben wurde. Eine große Zahl ist seit 30 Monaten nicht vernommen worden, bei vielen erfolgte die erste Vernehmung nach zwei bis drei Jahren Haft. Da nun immer noch keine Anzeichen vorhanden sind, daß die französischen Justizbehörden sich bemühen, die Zusagen des Hohen Kommissars einzuhalten, fordern die in Haft befindlichen Deutschen fünf Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten im Interesse der Befriedung des deutsch-französischen Verhältnisses die Beendigung der sogenannten Kriegsverbrecherprozesse und eine allgemeine Amnestie, auch für die bereits Verurteilten. Sie erwarten, daß ihr Protest Gehör finde, da andernfalls nur neuem Haß zwischen den Völkern Vorschub geleistet würde.

Die Seite der Heimat

Halver, 9. Mai 1950

Nach dem Regen

Zwischen Lachen und Weinen hat über das dampfende Feld der müde Abendhimmel den Regenbogen gestellt.

Hinter den blauen Bergen weiterleuchtet es bang. Alle Kirschenbäume blühen wie schneeweiße Träume alle Straßen entlang.

Ueber Tal und Hügel schwingt sich mit leichtem Flügel die Taube zum heimlichen Bau. Aus den tropfenden Zweigen wird silbernes Mondlicht steigen, und spiegeln im fallenden Tau.

D. Kipphan.

Halver

Umtausch von 50-Pig.-Scheinen

Vergessen Sie im eigenen Interesse nicht, daß die 50-Pfennig-Scheine nur noch diesen Monat bei den Banken und Sparkassen eingetauscht werden können. Die Umtauschfrist läuft am 31. Mai ab. Schon seit dem 1. Mai gelten sie nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. - Und die alten 5-DM-Scheine! Diese werden mit dem 31. Juli aus dem Verkehr gezogen. Die Banken und Sparkassen tauschen diese Scheine allerdings bis zum 31. August 1950 um.

Ein gräßlicher Unfall

ereignete sich gestern nachmittag in Halver in einem Fabrikbetrieb. Beim Umstellen eines Fallhammers geriet ein junger Arbeiter plötzlich mit beiden Händen unter den Bär, so daß ihm von beiden Händen je zwei Finger ganz und die übrigen zum Teil abgequetscht wurden. Nur die Daumen blieben unverletzt. Die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus war erforderlich. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt worden, denn die Sicherungsvorrichtungen waren in Ordnung, wie sich nachher herausstellte.

Platzkarten im Pfingstverkehr

Für den Pfingstverkehr werden zu den wichtigsten Schnellzügen von den Ausgangsbahnhöfen Platzkarten ausgegeben. Die Lösung einer Platzkarte sichert den Sitzplatz, auch wenn der Zug überfüllt ist. Die Gebühr beträgt 75 Pfg. in der 3. Klasse und DM 1.50 in der 2. Klasse. Die Platzkarten sind bei den Fahrkartenausgaben und Reisebüros zu erhalten, die auch Auskunft darüber erteilen, für welche Züge Platzkarten ausgegeben werden.

Kierspe

Studienfahrt der Volkshochschule Kierspe

Kierspe. Einen der interessantesten und inhaltsreichsten Nachmittage dieses Jahres bot die Volkshochschule Kierspe am Sonnabend, dem 6. Mai mit der Teilnahme an der Studienfahrt der Volkshochschule Lüdenscheid. Mit freundlichem Entgegenkommen hatte die Volkshochschule Lüdenscheid ihren Autobus sogar nach Kierspe-Bhf. gesandt, um die Teilnehmer dort abzuholen, und als dann die Lüdenscheider hinzugestiegen waren, ging es bei herrlichem Sonnenschein durch das frühlingschöne, im herrlichen Blütschmuck prangende Sauerland. Die Absicht dieser Fahrt war aber nicht nur, die Schönheit der Heimat in der Natur zu bewundern, sondern ihr Ziel lag in den leider meist noch unbekannten Kunstschatzen. Das Thema dieses Nachmittages lautete: „Die Sauerländer Hallenkirche“.

Unter Führung von Herrn Dr. Bührmann, zu dem sich in Balve auch noch der bekannte Kunsthistoriker und hervorragende Kirchenkenner Dr. Hartmann gesellte, wurden diese Besichtigungen, besonders durch die fesselnden Ausführungen Dr. Hartmanns, zu einem unvergeßlichen Erlebnis.

Typisch westfälisch sind diese Hallenkirchen in ihrer erdgebundenen Festigkeit, ihren weiten Bogen, ihren wichtigen Säulenbündeln, auf denen die Last des Daches ruht. Nicht aufwärtsweisend sind sie, nicht wie die Gotik zum Umherwandern und Betrachten anregend, sondern zu einem mystischen Verharren, einem weltabgeschlossenem Versenken geeignet. Zugleich waren sie letzte Zufluchtsstätte und Trutzburg gegen die von außen anstürmenden Feinde.

Die älteste Hallenkirche, die zugleich für den Bau aller weiteren Hallenkirchen entscheidend war, blieb in dem alten Teil der Balver Kirche erhalten. Einen besonders nachhaltigen Eindruck machen die Fresken der Tympanons über den Eingangsportalen. Darin ist u. a. eine nur noch in der französischen Kirche dargestellte Nikolauslegende abgebildet.

Nicht viel jünger ist die Hallenkirche in Affeln aus dem 12. Jahrhundert, die einen besonders schönen Altar birgt, wohl den einzigen in Deutsch-

Vom Leben und Sterben in der Gemeinde Kierspe

Beim Standesamt Kierspe wurden in der Zeit vom 1. bis 30. April folgende Beurkundungen vorgenommen:

Geburten:

Manfred, Sohn des Schlossers Karl Friedrich Linde, Kierspe. Waltraud, Tochter des Werkzeugschlossers Willi Gerlach, Kierspe-Bhf. Ulrike, Tochter des Schlossers Wilhelm Ernst Wermeckes, Kierspe-Bhf. Kurt, Sohn des Postfacharbeiters Kurt Ackermann, Kierspe. Regine, Tochter des Kaufmanns Kurt Weber, Kierspe-Bhf. Karl Heinz, Sohn des Schlossers Heinrich Wilhelm Fiedler, Kierspe. Wolfgang, Sohn des Kaufmanns. Angestellten Friedhelm Rittinghaus, Kierspe-Bhf. Dorothee, Tochter des Werkzeugschlossers Heinrich Wilh. Joh. Hallenberger, Kierspe-Bhf. Angelika, Tochter des Pressers Johann Siebertz, Benninghausen.

Von Jahr zu Jahr werden es mehr!

Bevölkerungsentwicklung in der Nachkriegszeit im Landkreis Altena

Ueber 700 Einwohner im Amtsbezirk Halver mehr

In diesem Zusammenhang ein kurzer Blick auf unseren heimischen Amtsbezirk. Am 1. 6. 1946 zählte der Amtsbezirk Halver 15863 Einwohner (Gemeinde Halver 12158, Gemeinde Schalksmühle 3705). Vier Jahre später am 1. 4. 1950 haben sich diese Zahlen um fast 700 Einwohner erhöht, denn der Amtsbezirk Halver zählt heute 16557 Bewohner (Gemeinde Halver 12617, Gemeinde Schalksmühle 3940). Da aber noch ständig neue Flüchtlinge zugewiesen werden und auch noch ein leichter Geburtenüberschuß vorhanden ist, hält diese Steigerung auch in den kommenden Monaten noch an.

Nicht nur in den Landkreisen, sondern auch in den Stadtkreisen hält die Bevölkerungszunahme an. Die Anziehungskraft der Städte hat ihren Grund in erster Linie in den größeren Arbeitsmöglichkeiten gegenüber dem flachen Land. Dazu kommt, daß ehemalige aufs Land evakuierte Städte wieder in ihre, teilweise im Neuaufbau begriffene Heimatstadt zurückkehren. Mit der Aufhebung der Zuzugssperre werden alle größeren Städte demnächst eine sprunghafte Steigerung ihrer Bevölkerungsziffer zu verzeichnen haben.

Die Lösung der Wohnungsfrage

wird aber nach wie vor schwierig sein, obgleich sie die einzigartige Möglichkeit bietet, das sicher unerträglich enge Zusammenleben von zehntausenden Menschen im Bundesgebiet zu beheben. Gelingt es bald, genügend Wohnungen und Arbeitsplätze zu schaffen, dürfte eine Ueberbevölkerung nicht mehr so gefährlich sein. Bis dahin aber...

In Schalksmühle notiert...

Das goldene Arbeitsjubiläum

konnte mit dem 7. Mai 1950 der Presser Wilh. Bruder, Bergstraße, bei der Firma Busch-Jäger-LMW. AG. Werk Schalksmühle, begangen.

Aus der Evangelischen Kirchengemeinde

Durch Abgang der diesjährigen Lernerfänger aus dem Kindergarten besteht wieder die Möglichkeit, neue Kinder im Kindergarten aufzunehmen. Mütter mit Kindern von drei Jahren und darüber mögen sich dieserhalb mit der Kindergartenin Frl. Kranefeld im Kindergarten in Verbindung setzen, am besten morgens zwischen 9 und 11 Uhr.

Die vor kurzem durch schadhafte Außenleitung außer Betrieb gesetzte Schwerhörigenanlage in der Kirche könnte mittlerweile wieder hergestellt werden. Alle Schwerhörigen können also wie bisher mit Hilfe der Anlage dem Gottesdienst wieder folgen.

Eine musikalische Feierstunde findet am kommenden Sonnabend, dem 13. 5., 20.30 Uhr, statt, in der evangelischen Kirche zu Schalksmühle. Sie wird vom Posaunenchor und dem Männerchor des CVJM Schalksmühle veranstaltet werden.

Mitgliederversammlung der Kriegsbeschädigten

Der hiesige Verband der Kriegs-, Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hielt im Gemeindehaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach der Verlesung mehrerer Eingänge gab der Vorsitzende Krümel bekannt, daß der örtliche Vorstand sich an das Postamt Schalksmühle gewandt habe mit der Bitte, die Rentenzahlungsstunden zu erweitern, um das gegenwärtige Schlangestehen zu vermeiden. Dann gab der örtliche Sozialbetreuer Kam. Kleinschmidt eine zeitgemäße Erklärung ab, die auf die kommenden Wahlen hinzielte. Kam. Wenzel aus Düsseldorf, als Sozialpolitischer Leiter der Landesstelle Düsseldorf hielt das Referat „Die jetzige Kriegsofopferversorgung und unsere Forderungen an das neue Recht“.

Unsere unabwendbare Forderung lautet an alle politischen Parteien und die Bundesregierung, so betonte der Redner: Schaffung eines Kriegsofopfer-Versorgungsgesetzes auf der Bundesebene. Anschließend teilte Kam. Wenzel mit, daß fast laufend Einigungsbesprechungen zwischen den Verbänden der Kriegsofopfer stattfänden, um im Interesse der Kriegsofopfer eine vollkommen einheitliche Organisation zu schaffen. Weiter wurden vom Kam. Wenzel viele diesbezügliche interne Rentenfragen sachgemäß beantwortet. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß im Mai die orthopädischen Sprechstunden

land, der einem heiligen Olaf geweiht ist und der wohl ursprünglich für Norwegen bestimmt war.

Von Affeln ging es Plettenberg zu, eine Fahrt, die so wunderschöne Ausblicke über die Weite des Sauerlandes bot, daß mehrmals dieser Schönheit wegen eingehalten wurde.

Eheschließungen:

Fleischergeselle Herbert Nikolay, Kierspe und Ilse Vollmann, Kierspe. Kaufmann Siegfried Schael, Kierspe und Hausgehilfin Hilde Pelz, Kierspe. Kaufmann Hugo Sure, Kierspe-Bhf. und Inge Hedwig Thieme, Kierspe-Bhf. Kaufm. Angestellter August Rudolf Fabig, Bollwerk und Hannelore Waltraud Webberg, Herlinghausen. Schlosser Carl Richard Karnebogen, Vollme und Kontoristin Johanna Erika Kudziela, Vollme. Polsterer und Dekorateur Siegfried Schmidtke, Elbringhausen und Verkäuferin Hildegard Wortmann, Elbringhausen.

Sterbefälle:

Emma Keune geb. Nachrodt, Kierspe-Bhf., 78 Jahre. Anna Eleonore Karge, geb. Berges, Vollme, 58 Jahre. Friedrich Benninghaus, Dürenhausen, 76 Jahre. Karl Erhardt Vollmer, Kierspe-Bhf., 22 Jahre (Kriegssterbefall).

Hausbrandpreise

ließen sich ermäßigen, wenn...

Die Herabsetzung des Kohlenverkaufspreises für Hausbrand war der Gegenstand mehrerer Besprechungen zwischen dem DGB, Landesbezirk NRW, dem Wirtschaftsministerium von NRW und dem Kohleneinzelhandel.

Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß die Bezugskosten für die Hausbrandkohle sich fühlbar ermäßigen ließen, wenn für den Transport vom Gewinnungsort zur Verkaufsstelle entgegen der bisher gebräuchlichen Methode der wirtschaftlichsten Weg gewählt würde. In Dortmund wird z. B. die Braunkohle erheblich billiger angeboten als in Köln, in dessen unmittelbarer Nähe die Kohle gewonnen wird.

Dieses Kuriosum erklärt sich aus den unterschiedlichen Transportkosten. Während nämlich die Bahnfracht für Braunkohle von Köln bis Dortmund nur 5.— DM je Tonne beträgt, muß für den Transport durch LKW vom Gewinnungsgebiet bis Köln 6,50 DM je Tonne bezahlt werden.

Aehnlich verhält es sich bei der Steinkohle, bei der sich ebenfalls im Endverkaufspreis die unterschiedlichen Beförderungskosten zwischen Eisenbahn und Lastkraftwagen bemerkbar machen.

Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß bei der Wahl des wirtschaftlichsten Bezugsweges sich die Hausbrandpreise noch erheblich ermäßigen ließen. Auch die geringste Senkung dieser Preise wird sich positiv auf die Lebenshaltungskosten auswirken, da bekanntlich gerade durch den Hausbrand der Lebenshaltungskostenindex wesentlich erhöht wird.

Kundendienst der Bundesbahn

Ein Mensch drängte sich eilig durch die Sperre in Hagen. Der Geigenkasten unter dem Arm hatte er Mühe, durchzukommen. Er zeigte einen Freifahrtschein der Bundesbahn vor. Mit stoischer Ruhe prüfte der Schaffner den Fahrausweis und konnte sich nicht erklären, wie ein Geigenvirtuose in den Besitz einer Freikarte der Bundesbahn gelangen konnte. (Er kam nicht auf den Gedanken, den Sohn eines Kollegen vor sich zu haben. Bahnbeamte sind ja auch keine Detektive.) „Sind sie denn an der Bahn beschäftigt?“ fragte er. Antwort: „Daher verweigere ich die Auskunft!“ Verblüfft gab er den Fahrschein zurück.

Vertolgen wir den Geigenspieler weiter. Gewissenhaft studierte er die Abfahrtszeiten und entdeckte eine Möglichkeit, nach Lüdenscheid zu kommen. Zu ihm gesellten sich auf Bahnsteig 4 zwölf weitere Reisende mit dem gleichen Fahrschein. Widersprechende Aussagen der Auskunftsberechtigten verwirrten die Fahrgäste. Die Abfahrtszeit, 23.00 Uhr, war bereits überschritten. Nun schieden sich die Geister. Die Melancholiker verzweifelten, die Sanguiniker lächelten überlegen, während die Choleriker mehr oder weniger laut protestierten. Die Beamten, die im Höflichkeitsswettbewerb standen, riefen die Zügeln an. Bald darauf wurden alle Reisenden in Wartesälen und auf Bahnsteigen davon in Kenntnis gesetzt, daß ein Sonderzug eingesetzt würde, falls sich 30 Mann für die Fahrt nach Lüdenscheid fanden. Es blieb aber bei der Zahl 13. Sie erwies sich als Glückszahl, denn nach anderthalb Stunden erschien der Sonderzug in Form einer Lokomotive und eines Wagens. Plötzlich auftauchende Sonderwünsche wurden berücksichtigt. So mußte der Lokführer in Oberhausen, Priorei, Schalksmühle und an anderen Stationen anhalten. In sicherer Obhut der Bundesbahn schienen mehrere Insassen, lang ausgestreckt, bald den Schlaf der Dankbaren. Doch als in Brügge der Lokführer die Frage stellte: Ist überhaupt noch jemand im Zug?, da erscholl aus den stillen Kehlen einstimmig die Forderung: „Weiter bis Lüdenscheid!“ Dort entstieg noch ganze fünf Personen, mit der freudigen Genugtuung, wie Bundesminister behandelt worden zu sein, dem Sonderzug.

Das nenne ich Kundendienst der Bundesbahn! Es bleibt zur Nachachtung empfohlen. So geschehen in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1950. Der Mann mit dem Geigenkasten.

gegenkommendes Motorrad. Es gab, wie es kommen mußte, einen Verkehrsunfall mit zerbrochener Lampe, leicht verletztem Fahrer und einem toten Hund. Hätte die Dame ihn an der Leine gehabt, dann wäre es nicht passiert!

Das Ronsahler Strandbad öffnet seine Pforten

Der Strandbadverein hatte zum Wochenende seine Mitglieder zur Jahresversammlung in das Lokal Emil Vormann, Ronsahl, eingeladen, um diesen einen Einblick in die Geschäftsführung des Vereins zu geben, und um den Vorstand neu zu wählen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nach dem Kassenbericht verfügte der Verein noch über einige Barmittel, die aber nicht ausreichen, die notwendigen Reparaturen für das eigentliche Bad durchzuführen. Aus diesem Grunde sollen in den nächsten Wochen nur kleinere Arbeiten vorgenommen werden. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Eintrittsgelder nicht genügen, um das Bad zu unterhalten, weil besonders die Schuldkinder nicht in der Lage sind, den an sich geringfügigen Betrag aufzubringen. Aus diesem Grunde soll an die Gemeindevertretung herangetreten werden, um einen entsprechenden Zuschuß zu den Unterhaltungskosten zu bekommen, da sonst die Gefahr besteht, daß der Verein das Strandbad für die Öffentlichkeit schließen muß.

Diese Maßnahme wäre sehr zu bedauern, da es nur wenige Orte in unserer näheren und weiteren Umgebung gibt, die eine solche vorbildliche Anlage besitzen. Es darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Strandbadanlage mit zur Fremdenwerbung beiträgt, und dem an sich schönen Oelmühlental einen weiteren eigenartigen Reiz verleiht.

Das Strandbad wurde in schwerer Zeit unter großen Opfern der Mitglieder erbaut und konnte bisher ohne größere Zuschüsse der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Die großen kommenden Instandsetzungsarbeiten zwingen aber den Verein, sich nun mit der Bitte an die Öffentlichkeit zu wenden, helfend einzugreifen.

Brügge

Aus dem SGV

Der am vergangenen Samstag stattgefundene SGV-Heimabend wies eine rege Beteiligung der ehemaligen Mitglieder sowie der Jugend auf. Wanderfreund August Solbach zeigte in seinem Vortrag an Hand von Lichtbildern die Schönheiten Norwegens. Infolge seines dreijährigen Aufenthaltes in diesem Lande führte er die Kultur, Bau- und Wohnweise, sowie die Eigenart der Lebensweise der Einwohner vor Augen.

Anschließend fand der familiäre Teil des Abends statt, in dessen Verlauf dann die SGV-Jugend ins Leben gerufen wurde. Dieser SGV-Jugend können sich alle Jugendlichen ab neun Jahren anschließen und bitten wir die Eltern der Jugend, ihren Söhnen und Töchtern zu gestatten, mit der SGV-Jugend zu wandern und sich dieser anzuschließen.

Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 18. Mai, findet eine Wanderung des SGV mit der SGV-Jugend zusammen statt.

Rönnahl

Hund gefährdete den Verkehr

Am Sonntag vormittag lief ein Dackel, eigensinnig wie diese Sorte einmal ist, nicht hinter seiner Herrin her, sondern direkt in ein ent-

Die gescheiterte Verfassung

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter

Das Verfassungsexperiment in Nordrhein-Westfalen als Versuch des Ministerpräsidenten Arnold, auf breiter Basis alle Wünsche miteinander zu vereinigen, gilt nach der zweiten Lesung als praktisch gescheitert. Alle maßgebenden Artikel wurden mit Zufallsmehrheiten angenommen, die sich jederzeit in Zufallsminderheiten verwandeln können, wobei wenige Abgeordnete den Ausschlag geben, ob sie krank sein mögen oder gerade Kaffee trinken. Die Meinungen über die Sozialisierung der Großbetriebe, die Landaufteilung und die christliche Gemeinschaftsschule oder den die Öffentlichkeit weniger interessierenden Staatsrat stehen sich ziemlich gleich gegenüber. Zahllose Sitzungen des Verfassungsausschusses, niedergelegt in einem dicken Protokoll, dessen Druck 40 000 DM kostete sind wahrscheinlich vergeblich gewesen. Unter diesen Umständen einen Volksentscheid herbeizuführen, was die Mehrheit des Parlaments wünscht, ist daher fraglich geworden. „Wenn wir das tun, riskieren wir, daß vierzig Prozent zur Abstimmung erscheinen — und wir sind die Blamierten“, sagte ein führender Sozialdemokrat zu Kollegen von der CDU.

Die dritte Lesung wird kaum vor Anfang Juni sein können, denn der Parteitag der SPD legt die Tätigkeit des Landtags für eine halbe Woche lahm. Dem Verfassungsausschuß bleiben für seine letzten Kompromißversuche ohnehin nicht viele Tage übrig. Der neue Landtag wird aber schon am 18. Juni gewählt, und in zwei Wochen kann niemand die Bevölkerung über die Verfassung unterrichten. Und es ist auch noch nicht sicher, ob nicht die beiden Arbeiterparteien diese Verfassung als Ganzes überhaupt ablehnen, wenn nicht doch die Gemeinschaftsschule als christliche Schule anerkannt wird — wozu, wenn schon vom Prinzip der Zufallsmehrheiten nicht abgegangen werden kann, einige zufällig Kaffee trinkende Abgeordnete genügen würden. Dann wäre wenigstens die christliche Gemeinschaftsschule ein die Stimmung förderndes Ergebnis. Aber auch das einzige.

SPD fordert Amnestie für Beamte

dl. Bonn, 8. Mai

Eine Amnestie für Beamte und Ruhestandsbeamte verlangt die SPD in einem Initiativtrag. Der Gesetzentwurf, für den keine schriftliche Begründung gegeben wurde, sieht Straffreiheit für alle Dienstvergehen von Beamten und Ruhestandsbeamten vor, die in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 1. Dezember 1949 begangen worden sind, sofern die Schuld des Beamten als gering und die Folgen des Dienstvergehens als unbedeutend anzusehen sind. Insbesondere sollen verhängte Geldbußen erlassen und ausgesprochene Gehaltskürzungen nicht mehr vollstreckt werden. Straffreiheit soll nicht gewährt werden, wenn das Dienstvergehen eine besonders schwere Dienstpflichtverletzung erkennen läßt, insbesondere für Handlungen, die in gewinnstüchtiger Absicht, in Ausbeutung eines Notstandes oder aus grober Eigensucht erfolgt sind.

Butterpreis 4,80 DM pro Kilo?

vwd. Bonn, 8. Mai

In ein Telegramm an die ihm angeschlossenen Bauernverbände weist der Deutsche Bauernverband darauf hin, daß die Absicht des Bundesernährungsministers, den Butterpreis auf 4,80 DM für das Kilo festzusetzen, wahrscheinlich die Zustimmung der Bundesländer finden wird. Der Deutsche Bauernverband hat ein unverzügliches Stop der Buttereinfuhr und die sofortige Einlagerung großer Buttermengen gefordert.

Bevin wieder im Amt

dmt. London, 8. Mai

Nach mehrwöchigem Krankheitsurlaub nahm Außenminister Bevin am Montag zum ersten Mal wieder an einer Kabinettsitzung teil. Er beabsichtigt, Großbritannien bei der bevorstehenden Außenministerkonferenz und bei der anschließenden Tagung des „atlantischen Rates“ zu vertreten. Im Laufe des Sonntagsabends und Montags trafen der kanadische Außenminister Pearson und der britische Hohe Kommissar in Deutschland, Robertson, in London ein, um an den Konferenzen der nächsten Tage teilzunehmen. Der vom Juni an für Deutschland bestimmte britische Hohe Kommissar Kirkpatrick befindet sich bereits in London.

Luxemburger Heimkehrer berichten, vier junge Luxemburger, die nach siebenmonatiger Reise aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien in ihrer Heimat eintrafen, berichteten, daß sich noch zahlreiche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern befinden.

Wir notieren aus Westdeutschland...

Grabhändlung aufgeklärt

Frankfurt/Main. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt teilte mit, daß die Jungen, die am 13. April auf dem alten jüdischen Friedhof in Frankfurt Grabsteine umwarfen, nach Kleinkalibermunition gesucht hatten. Die Jungen hätten beim Spielen einen Grabstein umgeworfen, darunter Kleinkalibermunition entdeckt und diese Munition der Polizei übergeben. Ein Junge habe danach seine Spielkameraden aufgefordert, weiter nach versteckter Munition zu suchen. Erst daraufhin seien vorsätzlich andere Grabsteine umgeworfen worden. Den Eltern der Kinder könne keine Schuld zugemessen werden. Sie hätten die Kinder zur Zeit gewarnt und sogar geschlagen, weil sie auf dem Friedhofsgelände gespielt hatten. Das Verfahren sei eingestellt worden.

Verurteilter Mord

Grieg. (Kreis Kleve). Eine 28jährige Posthalterin, die 3100 DM Postgelder veruntreut hatte, versuchte ihren Ehegatten, während dieser schlief, mit einer schweren Hufschlammgasse zu erdrosseln. Dieser konnte jedoch flüchten und die Polizei verständigen. Die Posthalterin wollte die Schuld auf ihren Mann abwälzen, indem sie ihn beseitigen und einen Selbstmord vortäuschen wollte. Im dringenden Verdacht der Mittäterschaft wurde ihr Bruder ebenfalls verhaftet.

Trunkenheit am Steuer — keine Gnade

Köln. Die 5. Kölner Strafkammer verwarf die Berufung eines Gutsäckers aus dem Kreis Bergheim, der mit seinem PKW im vergangenen Dezember einen Fußgänger angefahren und getötet hatte und deshalb zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Bei der ersten Verhandlung hatte er zugeben müssen, daß er im Laufe des Unglückstages etwa ein dutzend Schnäpse getrunken hatte. Die Kölner Strafkammer begründete ihre Entscheidung mit einem Hinweis auf die „Häufung der tödlichen Verkehrsunfälle durch Trunkenheit am Steuer“. Wer in Zukunft betrunken am Steuer angetroffen werde, so erklärte das Gericht, habe mit erheblichen schwereren als den bisher ausgesprochenen Strafen zu rechnen.

Kardinal Frings verzichtete auf Sommersitz

Köln. In Tilhove bei Hemerath im Siegbereich wird zu Christi Himmelfahrt ein neues Mutterheim des Caritasverbandes eröffnet. Das Gebäude war ursprünglich von seinem Besitzer dem erzbischöflichen Stuhl in Köln zur Errichtung eines Sommersitzes für den Kardinal vermacht worden. Kardinal Frings verzichtete jedoch darauf und

übergab das Anwesen dem Caritasverband, der ein Heim für Mütter der beiden christlichen Konfessionen darin einrichtete. Der Caritasverband wird das Heim zusammen mit der Evangelischen Inneren Mission beschicken.

Fast 480 000 Kraftfahrzeuge in NRW im Verkehr

Düsseldorf. Die Zählung des Verkehrsministeriums ergab am 1. 4. 1950 in Nordrhein-Westfalen (ohne Bahn und Post) 423 526 Kraftfahrzeuge und 55 267 Anhänger mit Fahrberechtigung. Davon waren: 169 092 Kräder, 119 727 PKW, 814 Krankenkraftwagen, 2543 Kraftomnibusse, 107 631 LKW und Kipper, 209 Kraftstoffsesselwagen, 20 266 Zugmaschinen und 3244 sonstige Kraftfahrzeuge. Gegenüber dem 1. 3. 1950 betrug die Zunahme (+) oder Abnahme (—): bei Krädern + 5208, bei PKW + 3538, bei Krankenkraftwagen — 14, bei Kraftomnibussen + 39, bei LKW und Kippern + 644, bei Kraftstoffsesselwagen + 3, bei Zugmaschinen + 429, bei KPZ insgesamt + 9874, bei KFZ-Anhängern + 1315.

Hohe Gefängnisstrafe für ausländischen Trickdieb

Düsseldorf. Zwei Jahre und drei Monate Gefängnis erhielt der 46jährige Kunstmaler Jean Brulle, der 1904 im damals österreichischen Czernowitz als Sohn eines Polen und einer Rumänin geboren wurde. Brulle will seit 1947 nach Argentinien auswandern und reiste in Westdeutschland von einem Ausländerlager zum anderen. Er war angeklagt, weil er durch Tricks schieblich mit anderen Angeklagten oder bisher noch unbekannten Tätern zusammen größere Geldbeträge gestohlen hatte. Die Diebe machten meist in Banken, an Schalter oder in Geschäften Leute darauf aufmerksam, daß vor ihnen auf dem Boden Geldscheine lägen. Wenn die Angesprochenen sich bückten, wurden rasch Geldbeträge vor dem Schalter, aus Taschen und so weiter entwendet. Unter anderem wurden so in Solingen 5000 DM, in Krefeld etwa 1800 DM, in München-Gladbach 1800 DM erbeutet. Der Gruppe gehörte ein ehemaliger Offizier der rumänischen Armee an, der acht Monate Gefängnis erhielt und ein rumänischer Schuhmacher, dem vier Monate zugesprochen wurden. Eine Kölnerin, die ebenfalls mitbeteiligt war, erhielt vier Monate Gefängnis.

Streit um einen Kieselstein

Münster. Die Gemeinde Ladbergen im Kreise Tecklenburg, die Anfang Juni ihre Tausendjahrfeier begeht, ist durch „anscheinend übereiltes Handeln“ in den Besitz eines Findlings für ein Denkmal gelangt. Der bisher in der Gemeinde Lengerich lag. Da Findlinge bekanntlich unter

Naturschutz stehen, müssen sich jetzt höhere amtliche Stellen in Münster um die Beilegung des entstandenen Streites bemühen. Die Einweihung des Denkmals sollte im Mittelpunkt der Tausendjahrfeier stehen. Es ist noch nicht abzusehen, ob am Festtag der Streit beigelegt ist.

75 DM Geldstrafe für Tötlichkeit gegen KPD-Funktionär

Bielefeld. Der 57 Jahre alte kommunistische Funktionär Ernst Dumath in Borgholzhausen war am 5. März vor einer Wirtschaft in Borgholzhausen übel zugerichtet worden. Als Täter bezeichnete er den 24 Jahre alten Gerhard Siebrasse, der vor dem Bielefelder Schöffengericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung angeklagt war. Siebrasse sagte aus, er habe sich darüber geärgert, daß der Kommunist in angetrunkenem Zustand Lobreden auf Rußland hielt. Er habe ihn aus dem Lokal gezerrt und ihm auch zwei Schläge ins Gesicht gegeben. D. lag drei Wochen im Krankenhaus. Er hatte eine Gehirnerschütterung, einen Rippenbruch, eine Lungenverletzung und verschiedene andere Verletzungen davongetragen. Für diese schweren Verletzungen will der Angeklagte aber nicht verantwortlich sein. Vielleicht sei D. die Treppe vor dem Gasthaus heruntergefallen und habe sich dabei die Verletzungen zugezogen. Das Schöffengericht hielt nur die zwei Schläge ins Gesicht für erwiesen. „Wir müssen dem sich wieder breitmachenden Faustrecht mit allen Kräften entgegenwirken“, sagte der Amtsrichter und verhängte gegen S. 75 DM Geldstrafe.

Auto 80 Meter tief abgestürzt

Garmisch. An der steilsten Stelle der Straße von Oebau nach Ettal (Oberbayern) kam am Freitag ein mit fünf Personen besetzter Volkswagen ins Rutschen, durchschlug das Straßengeländer und stürzte einen fast senkrechten achtzig Meter hohen Abhang hinunter. Der Wagen überschlug sich, knickte im Fallen mehrere Bäume um, blieb aber mit Ausnahme zerbrochener Glasscheiben und eingedrückter Kotflügel völlig heil. Die Insassen kamen — bis auf einen Schlüsselbeinbruch, den eine Frau erlitt, — mit dem Schrecken davon.

Oberst White erford die Antworten

Von unserem Mitarbeiter

os. Stockholm, 8. Mai
Der „Aftonbladet“ schildert den Fall White, der bisher unbekannt war. Oberst White war Leiter des Public Opinion Research Office der britischen Militärverwaltung und in englischen Kreisen Düsseldorfs wurde dem Vertreter des Blattes gegenüber nicht verheimlicht, daß White eine nicht unwesentliche Rolle in der Festlegung der britischen Deutschland-Politik spielte. Oberst White wurde dabei abgefangen, als er 900 Meter Anzugstoff nach Deutschland schmuggeln wollte, um sie dort zu verkaufen. Das Institut für die Erforschung der deutschen Volksmeinung habe nur aus Mr. White, einer Sekretärin und einem Chauffeur bestanden, aber für dieses Institut hätte die Regierung in Bonn jedes Jahr eine Rechnung von fast 1/2 Million DM zu zahlen gehabt, obendrein wurde für die „Untersuchung der öffentlichen Meinung“ eine Sonderrechnung von 30 000 DM eingereicht.

White hat gestanden, daß er in den meisten Fällen die Antwort sich aus den eigenen Dämonen saugte und eigene Untersuchungen überhaupt nicht stattfanden. Wenn jedoch Fragebogen herumgeschickt wurden, so waren die Fragen so formuliert, daß die Antwort unweigerlich in einer gewissen Richtung hin ausfallen mußte. Gefahr für Neonazismus, für Wiedergeburt des deutschen Nationalismus usw. Sobald die britische Verwaltung in Deutschland kritisiert wurde, kam White mit dem nationalsozialistischen Gespenst und ähnlichen selbst erfundenen Schreckbildern. Ohne Uebertreibung, so schließt der Bericht, müsse die Tätigkeit dieses Mannes als katastrophal bezeichnet werden. nicht zuletzt auch für die Engländer selbst.

Wetterbericht

Aufhellung und Erwärmung
Die Störungen über Westdeutschland verlagern sich unter langsamer Auflösung nach Westen und verlieren an Wirksamkeit in unserem Gebiet. Vorhersage: Wechselnd wolbig mit Aufhellungen, zeitweise noch schauerartiger Regen. Tagestemperaturen etwas ansteigend, schwachwindig. Weitere Aussichten: Mit Bewölkungsauflockerung vorerst noch wärmer.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5
Fernruf Halver 442. Hauptschriftleitung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell, Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort: Halver i. W.

Nachruf!

Unerwartet verstarb am Samstag, dem 7. März dieses Jahres

Herr Paul Zedel

Wir betrauern in dem zu früh Heimgegangenen einen Mitarbeiter und Kollegen, der sich durch Fleiß und Zuverlässigkeit und sein stets gleichbleibendes kameradschaftliches Verhalten die Wertschätzung aller erworben hat.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Betriebsführung und Belegschaft der
Gustav Schürfeld G. m. b. H.

Anschlag, den 7. Mai 1950

Bekanntmachung

In unser Handelsregister ist eingetragen:

HRA 1787: am 8. 4. 1950: Firma Robert Mesenhöller & Co, Schalksmühle. Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.

HRA 1592: am 8. 4. 1950: Firma Walter Gödersmann, Schalksmühle. Die Firma ist erloschen. Sie ist mit dem Firmenrecht in die Firma Walter Gödersmann Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Dahl eingebracht worden.

HRA 2147: am 6. 5. 1950: Firma Karl Fischer, Halver. Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Lüdenscheld.

1 Vertreter

für den Bezirk Halver, Schalksmühle, Brügge, Lüdenscheld, Kierspe, Rönsahl, Wipperfurth, Marienheide, Gummersbach gesucht. Monatlicher Verdienst 3-400,- DM. Persönliche Vorstellung erbeten täglich von 8-19 Uhr in Radevormwald, Kaiserstr. 114, bei Tabakwaren Dausend.

Zimmer

möbliert oder leer, sowie Chaiselongue, von alleinstehender älterer Dame für sofort gesucht. Angebote unter Nr. 240 an Allgemeinen Anzeiger

Wegen Krankheit Praxis

bis auf weiteres

GESCHLOSSEN

Dr. med. A. Hoibauer

Reisedienst Geiter

fährt HIMMELFAHRT
morgens 7 Uhr von Halver
nach

Königswinter

Fahrtpreis DM 6.-

Anmeldungen unter Ruf
Halver 328

Fabrik sucht

kaufm. Lehrling

zum sofortigen Eintritt. Nur
beste Zeugnisse.

Bewerbungen unter Nr. 241
an Allgemeinen Anzeiger.

Lichtspiele Karlshöhe

Mittwoch 20 Uhr
Donnerstag 20 Uhr

„Hallo Fräulein“

mit Margot Hilscher, Hans
Söhnker, Peter van Eyck,
Bobby Todd.

Dazu

Wochenschau und Beiprogramm.

Füllfederhalter

empfehlen Wilh. Bell jr., Halver

Erhalte Donnerstag wieder

Oldenburger

Ferkel

Alex Schmale
Halver, Telefon: 443